



Gesamtverband  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie e. V.

## Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

### **Klimaneutralität 2050:**

**Wie setzen Sie sich für wettbewerbsfähige Energiekosten ein und wie sollen klimaneutrale Energieträger für eine vollständige Energiewende gefördert werden, bzw. wie setzen Sie einen Ordnungsrahmen für einen auf globale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Green Deal?**

### CDU

Der European Green Deal ist eine umfassende und ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie in den Bereichen Energie, Industrie, Kreislaufwirtschaft, Verkehr, Gebäude, Umweltschutz und Biodiversität, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft. CDU und CSU unterstützen seine ambitionierte Zielsetzung der Transformation unseres heutigen Lebens und Wirtschaftens hin zu einer nachhaltigeren und ökologischeren Gesellschaft. Mit dem Green Deal machen wir Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt. Wir werden den europäischen Emissionshandel auf den Verkehr- und Wärmesektor ausweiten. Mit mehr Ehrgeiz wird der Emissionshandel in allen Bereichen sicherstellen, dass sich ein stabiler, fairer und transparenter Preis für Treibhausgase bildet. Bei allen Maßnahmen werden wir darauf achten, dass Produktionsprozesse nicht in Drittstaaten mit geringeren Klimaschutzstandards verlagert und Emissionen dort weiterhin ausgestoßen werden (Carbon-Leakage-Schutz).

### SPD

Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. Darum haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 komplett klimaneutral zu sein und ab 2040 Strom vollständig aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Wir brauchen deshalb ein Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus der erneuerbaren Energien. Dafür müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen. Um die Stromkosten bezahlbar zu halten, werden wir die EEG-Umlage bis 2025 abschaffen. So wird Strom deutlich günstiger, für alle Bürger\*innen und Unternehmen.

Die GKV-Trägerverbände



### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899



Gesamtverband  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie e. V.

### FDP

Wir Freie Demokraten wollen die Umlagen, Steuern und Abgaben auf Energie umfassend reformieren. Denn aktuell hat Deutschland die höchsten Strompreise Europas für nahezu alle Verbrauchergruppen. Dazu wollen wir die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken. Die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wollen wir schrittweise abschaffen, indem die Förderzusagen aus der Vergangenheit weitestgehend aus den Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung finanziert und keine neuen Fördertatbestände geschaffen werden.

Erneuerbare Energien wollen wir vollständig in den Wettbewerb überführen und die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beenden. Gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien und staatlich garantierte Abnahmepreise lehnen wir ab. Ein steigender CO<sub>2</sub>-Preis wird fossile Energie weiter unattraktiv machen und dazu führen, dass der Zubau erneuerbarer Energien stärker nachfragegetrieben erfolgt.

Deutsche Unternehmen wollen wir vor Wettbewerbsverzerrungen durch klimapolitische Maßnahmen schützen. Ziel muss ein über den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) hinaus international abgestimmtes Vorgehen beim Klimaschutz mit einheitlichem CO<sub>2</sub>-Preis für alle sein. Als Übergangslösung bis zu einem globalen CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel unterstützen wir die EU darin, eine WTO-konforme Weiterentwicklung des „Carbon Leakage“-Schutzes einzuführen, der sich am EU-ETS orientiert.

Wir wollen, dass Fördermittel und Strukturhilfen aus dem „Green Deal“ der EU das Wirtschaftswachstum befördern und anhand der neuen Investitionskriterien der Europäischen Investitionsbank vergeben werden. Damit wollen wir die europäische Wirtschaft fit für die Umbrüche durch den Klimawandel machen. Investitionen in die Infrastruktur und Investitionen in neue Technologien sind dabei von entscheidender Bedeutung. Auch die sogenannten „Ermöglichungs- und Übergangsaktivitäten“, etwa Erdgas als Übergang von Kohle zu Wasserstoff, sind hierbei zu berücksichtigen; gerade auch mit Blick auf die unterschiedlichen Realitäten in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

### Bündnis 90/Die Grünen:

Wir GRÜNE wollen unsere Industrie auf eine nachhaltige Basis stellen und fit für die Zukunft machen. Dafür sind auch wettbewerbsfähige Strompreise erforderlich, für die wir mit einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform sorgen wollen. Auch der notwendige Ausbau der Erneuerbaren sorgt für kostengünstigen und sauberen

#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

Die GKV-Trägerverbände



Strom. Mit einer Weiterentwicklung des EEG und der Unterstützung langfristiger Lieferverträge von Ökostrom zwischen Produzent\*innen und Verbraucher\*innen schaffen wir einen verlässlichen Rahmen für den Ausbau. Auf EU-Ebene setzen wir uns für einen wirksamen CO<sub>2</sub>-Preis sowie eine Reform des EU-Emissionshandels ein. Wir wollen die kostenlose Zuteilung von Emissions-Zertifikaten durch wirksame Maßnahmen, wie den europäischen Grenzausgleichsmechanismus ersetzen. Zugleich wollen wir die Industrie mit Maßnahmen wie z.B. Carbon Contracts for Difference und Quoten für grüne Industrieprodukte unterstützen. Das EU-Beihilferecht muss so gestaltet werden, dass es diesen Weg ermöglicht.

### DIE LINKE

Aufgrund der steigenden CO<sub>2</sub>-Preise im EU-Emissionshandel will die EU ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem aufbauen. Wir unterstützen diesen Weg, sofern tatsächliche zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen kompensiert werden, die aufgrund von Diskrepanzen zwischen der Klimapolitik der EU und der in vielen Nicht-EU-Staaten auftreten können. Bezüglich des nationalen Emissionshandels im Bereich Wärme und Verkehr hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE das BEVG abgelehnt, weil wir die sozialen Belastungen und wirtschaftlichen Verwerfungen im Vorfeld sahen. Die schwierige Gestaltung der Carbon Leakage Verordnung bestätigt unsere Überzeugung, dass mit dem BEVG der falsche Weg gewählt wurde. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die ungerechten Härten durch das BEVG beseitigt, oder wenigstens abgemildert werden. Bei allen Instrumenten zur Verhinderung von Carbon Leakage sind gleichzeitig ungerechtfertigte Privilegien von Unternehmen zu verhindern.

### **Umwelt:**

**Welche Rahmenbedingungen werden Sie setzen, damit das CO<sub>2</sub> – Einsparpotenzial durch den Einsatz von Kunststoffprodukten besser genutzt werden kann und wie stellen Sie sicher, dass die EU-Umweltgesetzgebung einheitlich und übergreifend angewendet wird?**

### CDU

Der European Green Deal ist eine umfassende und ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie in den Bereichen Energie, Industrie, Kreislaufwirtschaft, Verkehr, Gebäude, Umweltschutz und Biodiversität, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft. CDU und CSU unterstützen seine ambitionierte Zielsetzung der Transformation unseres heutigen Lebens und Wirtschaftens hin zu einer nachhaltigeren und ökologischeren Gesellschaft. Mit dem Green Deal machen wir Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt. Wir werden den europä-

Die GKV-Trägerverbände



### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

ischen Emissionshandel auf den Verkehr- und Wärmesektor ausweiten. Mit mehr Ehrgeiz wird der Emissionshandel in allen Bereichen sicherstellen, dass sich ein stabiler, fairer und transparenter Preis für Treibhausgase bildet. Bei allen Maßnahmen werden wir darauf achten, dass Produktionsprozesse nicht in Drittstaaten mit geringeren Klimaschutzstandards verlagert und Emissionen dort weiterhin ausgestoßen werden (Carbon-Leakage-Schutz).

#### SPD

Die Kreislaufwirtschaft ist ein elementarer Baustein für einen effektiven Klimaschutz. Deshalb braucht es Strategien und Vorgaben, die verstärkt auf eine zirkuläre Wirtschaft ausgerichtet sind, wie ein nachhaltiges und schadstofffreies Produktdesign. Auch das "hochwertige" Recycling muss bereits bei der Planung von neuen Produkten berücksichtigt werden. Wir begrüßen die seit März 2021 geltenden Vorgaben der EU-Ökodesign-Richtlinie und setzen uns dafür ein, diese auf weitere Produkte auszudehnen. Wir fordern seit Langem die Einführung einer Mindestquote für den Einsatz von Rezyklaten. Weitere Maßnahmen können sein: finanzielle Anreize, damit schon bei der Herstellung von Produkten eine spätere Wiederverwertbarkeit berücksichtigt wird; Weiterentwicklung der Lizenzentgelte oder die Stärkung des nachhaltigen Konsums. Die 1:1-Umsetzung europäischen Umweltrechts wurde im Koalitionsvertrag 2018 von CDU/CSU und SPD vereinbart und bei der Gesetzgebung berücksichtigt.

#### FDP

Wir Freie Demokraten setzen auf den Marktpreis für Treibhausgasemissionen, der aus einem sektorübergreifenden Emissionshandel resultiert. Dadurch werden bei Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern Anreize gesetzt, CO<sub>2</sub>-Emissionen effektiv und kostengünstig zu vermeiden. Hierzu zählt auch der Einsatz klimafreundlich produzierter Kunststoffprodukte, die auch in ihrer Nutzung gegenüber anderen Materialien zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen führen.

#### Bündnis 90/Die Grünen:

Unser kreislaufpolitisches Ziel ist es die Ressourcenverschwendung zu stoppen und damit CO<sub>2</sub> – Einsparpotenziale auszuschöpfen. Dafür müssen Hersteller\*innen und Müllverursachende stärker in die Verantwortung genommen werden und das Konzept der Kreislaufwirtschaft ganzheitlich bei Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung von Produkten berücksichtigt werden. Unter anderem werden wir GRÜNE das bisherige Lizenzgeld für Plastikverwertung zu einer Ressourcenabgabe weiterentwickeln. Das Verpackungsgesetz wird zum Wertstoffgesetz, das allen ökologisch vorteilhaften Mehrwegprodukten Vorrang einräumt sowie Müllvermeidung und hochwertiges Recycling fördert. Das Thema Kreislaufwirtschaft

Die GKV-Trägerverbände

**AK**

**FSK**

**TecPart**  
**GKV**

**ik**

**pro**

#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899



Gesamtverband  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie e. V.

ist auf europäischer Ebene zentraler Bestandteil des Green Deals und muss von Deutschland ehrgeizig insbesondere in den Bereichen Rezyklateinsatzquoten und Ökodesign vorangetrieben werden. Wo möglich müssen nationale Spielräume genutzt werden, um Deutschlands Vorreiterrolle im Bereich Kreislaufwirtschaft auszubauen.

### DIE LINKE

DIE LINKE unterstützt einen reformierten, d.h. an den Klimazielen von Paris ausgerichteten EU-Emissionshandel. Gleichzeitig wollen wir die EEG-Umlage absenken, indem die Verbindlichkeiten an die Ökostrombetreiber künftig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, und nicht mehr aus dem EEG-Konto. Auch die Stromsteuer wollen wir reduzieren. Mit diesen drei Punkten wird die Lenkungswirkung von Strompreisen zielgenauer auf emissionsstarke Produktionsprozesse ausgerichtet und die Elektrifizierung vieler Bereiche einfacher. Die Ablösung CO<sub>2</sub>-intensiver Verfahren durch saubere kann so auch wirtschaftlicher erfolgen. Sprunginnovationen für den Klimaschutz wiederum können zunächst sehr teuer sein. Hier unterstützen wir staatlich geförderte Differenzverträge (CCFD), die Unternehmen Investitionssicherheit und auskömmliche Erträge liefern. In der Summe der mittlerweile vielen übereinanderliegenden Industrieprivilegien muss jedoch darauf geachtet werden, dass Unternehmen nicht leistungslos überprivilegiert werden.

### **Mittelstand:**

**Die Lenkungswirkung des CO<sub>2</sub>-Preises muss bei Steuer und Abgaben gezielt gestärkt und ein international vergleichbarer CO<sub>2</sub>-Preis etabliert werden. Wie sorgen Sie dafür und wie bleiben stromintensive mittelständische Unternehmen wettbewerbsfähig?**

### CDU

Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab. Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden. Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO<sub>2</sub>-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können. Im Rahmen einer Klimatechnologiereform wollen wir auf das Klimapaketaufbauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf CO<sub>2</sub>-Ausstoß ausrichten. Wir müssen für bezahlbaren Strom sorgen. Deshalb werden wir die regulatorischen Kosten senken. Mit Blick auf die Wettbewerbssituation unserer Industrie brauchen wir einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis.

Die GKV-Trägerverbände



### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899



Gesamtverband  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie e. V.

### SPD

Der entschlossene Ausbau der erneuerbaren Energien ist die wichtigste industrie- und klimapolitische politische Aufgabe unserer Zeit. Wir brauchen 100 Terrawatt Stunden mehr Strom bis 2030 aus Erneuerbaren Energien. Dazu brauchen wir eine Politik des Machens. Seit dem 1. Januar 2021 wird für jede Tonne CO<sub>2</sub> im Bereich Wärme für Gebäude (Heizöl, Erdgas) und Verkehr (Benzin, Diesel) ein CO<sub>2</sub>-Preis fällig. Er beträgt derzeit 25 Euro pro Tonne. Mit dem CO<sub>2</sub>-Preis und dem geplanten moderaten Anstieg werden die richtigen Anreize gesetzt: Was gut ist für das Klima, soll günstiger werden – was schlecht ist, teurer. Schließlich werden wir die EEG-Umlage bis 2025 abschaffen. Das kommt allen Bürger\*innen und Unternehmen zugute, da jede und

jeder Strom verbraucht und die Umlage von allen gezahlt wird. So wird Strom günstiger – auch für kleine und mittelständische Unternehmen, die häufig im Wettbewerb mit Unternehmen aus anderen Ländern stehen, in denen die Energiekosten geringer sind.

### FDP

Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Damit verbessern wir auch die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen im Wettbewerb mit Unternehmen in anderen Ländern. Als Übergangslösung bis zu einem globalen CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel unterstützen wir die EU darin, eine WTO-konforme Weiterentwicklung des „Carbon Leakage“-Schutzes einzuführen, der sich am EU-ETS orientiert. Darüber hinaus wollen wir die Stromsteuer auf ihren Mindestsatz senken, Energiesteuern zugunsten einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung reduzieren sowie die EEG-Umlage abschaffen. Erneuerbare Energieträger müssen zukünftig ohne Förderung allein durch ihren Klimavorteil wettbewerbsfähig werden.

Wir wollen zudem die Steuerlast von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt von 25 Prozent senken. Den Solidaritätszuschlag wollen wir komplett abschaffen.

### Bündnis 90/Die Grünen

Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Das frühzeitige Einschwenken auf den Pariser Klimaschutzpfad ist eine große Chance für das Bestehen im internationalen Wettbewerb um die Technologien von morgen. Grundsätzlich müssen Steuern, Abgaben und Umlagen so reformiert werden, dass fossile Subventionen abgebaut und stattdessen Klimaschutz, Energiewende und die

#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

Die GKV-Trägerverbände

**AK**

**FSK**

**TecPart**  
**GKV**

**iK**

**pro**

Dekarbonisierung von Industrieprozessen unterstützt werden. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Heiz- und Kraftstoffen ab dem 01.01.21 verbunden mit der Absenkung der EEG-Umlage war ein erster wichtiger Schritt. Für einen günstigen und wettbewerbsfähigen Strompreis müssen die Erneuerbaren Energien schnell und massiv ausgebaut werden. Zur Unterstützung von Unternehmen bei der Transformation wollen wir Klimaverträge schließen. Damit erstatten wir GRÜNE den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten, damit sich Klimaschutzinvestitionen sofort rechnen.

### DIE LINKE

Um das CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial von Kunststoffprodukten im vollen Umfang nutzen zu können, muss vor allem das werkstoffliche Recycling entschlossen vorangetrieben werden. Besonders wirkungsvolle Instrumente zur Erhöhung des Rezyklatanteils ist die Einführung einer Abgabe auf Primärressourcen sowie die Einführung einer Positivliste für einsetzbare Materialien. Auch wollen wir standardisierte Mehrwegsysteme einführen, die in jedem Geschäft zurückgenommen werden. Für eine einheitliche und übergreifend angewendete EU-Umweltgesetzgebung sind klare und überprüfbare Ziele eine wesentliche Voraussetzung. Auch wird es notwendig sein, das Verfahren bei Nichteinhaltung von Umweltzielen stark zu verkürzen. Deutschland sollte in der Umwelt- und Klimagesetzgebung wieder in Vorreiterrolle einnehmen und damit auch andere Länder mitziehen, außerdem ist eine Vorreiterrolle eine wichtige Voraussetzung, um fortschrittliche Umwelttechnologie glaubwürdig anbieten zu können.

**Bürokratie: Nationale Übererfüllung europäischer Vorgaben gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit in der EU. Wie wollen Sie komplexe Regelungen praktikabel gestalten und den Erfüllungsaufwand realistisch abschätzen?**

### CDU

CDU und CSU werden Unternehmen von Bürokratiekosten in Milliardenhöhe entlasten. Wir werden u. a. die Schwellenwerte für die Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen erhöhen, die Ist-Versteuerung ausweiten und die Berichtspflichten für die amtliche Statistik um 25 Prozent reduzieren. Wir werden die steuerlichen Betriebsprüfungen beschleunigen und modernisieren, damit sie zeitnah, effizient und unbürokratisch erfolgen. Um vor allem Mittelstand und Familienunternehmen zu entlasten, sollen Erfolgskontrolle, Praktikabilität und Erfüllungsaufwände von Gesetzen durch einen Praxis-Check – bei frühzeitiger Beteiligung der Wirtschaft – geprüft werden. Innovative und weniger stark

#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

Die GKV-Trägerverbände



beschränkende Regelungen sollten in begrenzten Testräumen zunächst erprobt werden können. Mit der Ausweitung der „One in, one out“-Regel zu einer „One in, two out“-Regel sorgen wir für einen Entfesselungsschub. Wir wollen auch EU-Vorgaben entbürokratisieren und diese grundsätzlich eins-zu-eins, das heißt, ohne zusätzliche Verschärfungen, umsetzen.

#### SPD

Die Qualität von Staat und Verwaltung wird im 21. Jahrhundert zum entscheidenden Standortfaktor. Wir wollen die Bürokratie modernisieren und ertüchtigen, nicht abbauen. Ein zentraler Aspekt ist hierbei die Vollzugsebene. Das heißt konkret: bürger- und wirtschaftsfreundliche Erreichbarkeit (Öffnungszeiten, digitale Erreichbarkeit, Möglichkeit zur elektronischen Abwicklung von Verwaltungsvorgängen), Umfang, Verständlichkeit und Ausgestaltung von Formularen sowie die Bündelung der Verwaltungskontakte und keine Irrwege von „Pontius nach Pilatus“. Wir werden die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst schnell auch digital verfügbar sind. Deutschland soll Europas Region mit den kürzesten Planungs- und Genehmigungszeiten werden.

#### FDP

Wir Freie Demokraten fordern, dass europäische Richtlinien sinnvoll und ohne zusätzliche Bürokratie in nationales Recht umgesetzt werden (1:1-Umsetzung). So wollen wir Hemmnisse abbauen und für einen gut funktionierenden Binnenmarkt sorgen. Ebenso sollte auf europäischer Ebene keine Regelung beschlossen werden, die von einem Mittelständler nicht umgesetzt werden kann (KMU-Test). Für jede neue Bürokratie-Euro-Belastung sollen zudem zwei Bürokratie-Euro-Belastungen wegfallen („one in, two out“).

#### Bündnis 90/Die Grünen

Klimaneutralität ist entscheidend für die Zukunft des Industriestandorts Deutschland. Neben der EU haben viele wirtschaftlich starke Länder bereits angekündigt, zur Mitte des Jahrhunderts treibhausgasneutral werden zu wollen. Wir GRÜNE wollen, dass die deutsche Wirtschaft diese Herausforderung meistert und Vorreiter ist, um im internationalen Wettbewerb um klimaneutrale Produkte und Verfahren zu bestehen. Bei der Transformation wollen wir die Unternehmen unterstützen, Investitionssicherheit schaffen und ihre Innovations- und Investitionskraft stärken. Dafür planen wir ein auf 10 Jahre angelegtes Investitions- und Transformationsprogramm von 500 Mrd. Euro. Auch alle anderen Mitgliedstaaten müssen die Vorgaben in der EU natürlich erfüllen und diese auch stetig ausbauen. Eine solide Folgenabschätzung in der EU wie national haben wir stets gefordert und

Die GKV-Trägerverbände

**AK**

**FSK**

**TecPart**  
**GKV**

**ik**

**pro**

#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

im Bundestag aktiv vorangetrieben. Regelungen müssen der Größe der Unternehmen angemessen sein und sinnvoll angewendet werden.

### DIE LINKE

Europäische Vorgaben werden fast nie 1:1 umgesetzt. Dafür sorgen schon die unzähligen Lobbyorganisationen in Brüssel und in den Hauptstädten. Zudem ist die Bandbreite der Umsetzung meist durch die unterschiedliche Situation in den Mitgliedsländern bedingt und durchaus richtig. Für DIE LINKE müssen auch hier die "starken Schultern" mehr leisten, als "front runner" agieren und sich an den effektivsten technischen Möglichkeiten orientieren. Eine bessere Umsetzung europäischer Vorgaben und objektive Folgenabschätzung in allen Mitgliedsländern ist für DIE LINKE wiederum Basis dafür, die sozial-ökologischen Ziele gemeinsam zu erreichen und nicht national zu unterlaufen.

### **Nachhaltigkeit: Was ist aus Ihrer Sicht der beste Weg in eine umweltschonende Kreislaufwirtschaft für Kunststoffprodukte, welche Prioritäten werden dabei gesetzt und welche Herausforderungen haben Sie bereits identifiziert?**

### CDU

Nachhaltiges Wachstum heißt, den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Die Schließung von Stoffkreisläufen sorgt für neue wirtschaftliche Potenziale und schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Kreislaufwirtschaft muss sich lohnen. Sie schont natürliche Ressourcen, spart Energie und Emissionen, schafft Arbeitsplätze und sichert Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Unser Ziel sind Rohstoffe „Made in Germany“. Wir wollen die Rohstoffe, die unsere Industrie benötigt, vorrangig im eigenen Land gewinnen und Recyclingrohstoffe einsetzen. Das hilft dem Klimaschutz und macht uns unabhängiger von Importen aus dem Ausland. CDU und CSU werden Anreize setzen, weniger Abfall zu produzieren, abfallarme Produkte zu entwickeln und die Möglichkeiten einer stofflichen Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen zu verbessern.

### SPD

Das Ziel der SPD ist eine echte, nachhaltig ausgerichtete Kreislaufwirtschaft. Dabei soll aus einem zu Abfall gewordenen Produkt durch Wiederverwendung und Recycling, ein neues Produkt werden, idealerweise das gleiche Produkt. Wir streben einen Kreislauf an, in dem es fast keine Abfälle mehr gibt, sondern nur noch wiederverwertbare Materialien. Nachhaltige Kreislaufwirtschaft in diesem Sinne

#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

Die GKV-Trägerverbände



bedeutet auch, dass kaum noch Primärrohstoffe verwendet werden, sondern recycelte Produkte und, da wo es nicht möglich ist, Sekundärrohstoffe. Darüber hinaus sollten Produkte möglichst lange wiederverwendet werden. Ist dies nicht mehr möglich, werden sie nicht gleich auf der Material- oder Stoffebene recycelt, sondern repariert, renoviert oder wiederaufbereitet. Nach wie vor gilt, Abfälle sind zu vermeiden. Das heißt für Kunststoffprodukte z.B. das Verbot umweltschädlicher Einwegprodukte, Ausdehnung von Produkt- oder Stoffverboten oder die Stärkung von Mehrweg.

#### FDP

Wir Freie Demokraten werden uns bei der ökologischen Bewertung von Produkten aus Kunststoff und alternativen Materialien wie Papier und Glas konsequent an Ökobilanzen orientieren. Kunststoffe sind vielfältig einsetzbar und günstig. Durch ihr geringes Gewicht wird CO2 eingespart. Ökobilanzen machen die Umweltwirkung von Produkten transparent und ermöglichen eine wissenschaftsbasierte Bewertung, auf deren Basis notwendige Regulierungen erfolgen können.

Kunststoffe sind nicht nur in unserem Alltag, sondern auch in der Umwelt allgegenwärtig. Das Problem sind jedoch nicht die Kunststoffe, sondern der zum Teil unbedachte bis verantwortungslose Umgang damit. Daher setzen wir Freien Demokraten entlang der Wertschöpfungskette auf die Anwendung des Verursacherprinzips. Wir lehnen eine starre Regulierung der Kreislaufwirtschaft mit Quoten für bestimmte Verwertungswege ab. Echte Kreislaufwirtschaft braucht Technologieoffenheit, für uns sind alle Verwertungswege gleichwertig, solange sie auch ökonomisch und ökologisch zu gleichwertigen Ergebnissen führen. Wir lehnen eine Plastikabgabe ab. Die EU-weiten Recyclingstrukturen müssen gestärkt werden. Es braucht einen Markt für zertifizierte Kunststoff-Rezyklate. Dazu muss das Ende der Abfalleigenschaft klar definiert werden, um die Akzeptanz für Sekundärrohstoffe zu fördern. Das Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle muss endlich EU-weit durchgesetzt werden (vgl. Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag „Kunststoffe – Werkstoff der Zukunft“). Innovativen Ansätzen junger Unternehmen zur Inwertsetzung von Kunststoffabfällen für die Sammlung und das Recycling müssen wir eine Chance geben.

#### Bündnis 90/Die Grünen

Eine umweltschonende Kreislaufwirtschaft ist auch eine klimafreundliche Kreislaufwirtschaft. In diesem Zusammenhang sei auf die Antwort auf Frage 2 verwiesen. Darüber hinaus sehen wir GRÜBE eine der Kernherausforderungen darin, dass Deutschland die Rolle des europäischen Schlusslichts bei der Vermeidung von

Die GKV-Trägerverbände

**AK**

**FSK**

**TecPart**  
**GKV**

**ik**

**pro**

#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

Verpackungsmüll abgibt, wir endlich in eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft einsteigen und zusammen mit den relevanten Stakeholdern eine umfassende Kreislaufwirtschaftsstrategie erstellen. Voraussetzung für die technische Umsetzung einer solchen Strategie ist eine Datengrundlage, die unsere aktuelle Situation nicht weiter schön rechnet. Wir brauchen eine klare Analyse der Stoffströme und damit auch eine Auswertung, wie Stoffkreisläufe geschlossen werden und diesem Ziel entgegenstehende Stoffe ausgeschleust werden können oder erst gar keinen Eingang in Stoffströme finden. Unter anderem sind hier die Einführung eines Produktpasses sowie das Verbot einzelner Zusatzstoffe geboten.

### DIE LINKE

Eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft orientiert sich an dem Ziel, keinen Abfall zu produzieren. Deshalb brauchen wir quantitative Abfallvermeidungsziele. Bis zum Ende der Legislatur wollen wir den Verpackungsabfall auf nur noch 120 Kilogramm pro Jahr und Kopf halbieren. Um dies zu erreichen, setzen wir insbesondere auf Abgaben auf Einwegprodukte und Primärressourcen (siehe Antwort 6), Ausweitung des Einwegpfandes auf und perspektivisches Verbot der schlecht recycelbaren Getränkekartons und Sanktionsmechanismen gegenüber Herstellenden, wenn sie das derzeitige Ziel von mindestens 70 % Mehrweg bei Getränkeverpackungen nicht erreichen. Außerdem wollen wir mit einer Positivliste für einsetzbare Verpackungsmaterialien deren Recycelbarkeit sicherstellen, aktuelle Hindernisse bei der sozial-ökologischen Beschaffung durch die öffentliche Hand aus dem Weg räumen und mindestens deutschlandweite Mehrwegpoolssysteme als Standard bei To-Go-, Versand- und Transportverpackungen bis 2025 etablieren.

**Kreislaufwirtschaft: Für die Erhöhung des Rezyklatanteils braucht die kunststoffverarbeitende Industrie eine garantierte Versorgung mit hochwertigen Rezyklaten. Welche Ansatzpunkte zur Steigerung der Mengen und Qualitäten im Kunststoffrecycling erwägen Sie?**

### CDU

Mit der Förderung von Innovationen in Sortiertechnologien werden nutzbare Rezyklate, also aus Recyclingprozessen gewonnene Produkte entstehen, die am Markt gegenüber Primärmaterialien bestehen. Wir werden uns dafür einsetzen, den Einsatz von Rezyklaten in der EU wie auch in Deutschland zu fördern. Um die Nutzung von Rezyklaten, insbesondere im Kunststoffbereich deutlich zu verbessern, wollen wir auch verbindliche Ziele für ihren Einsatz in bestimmten Bereichen prüfen

#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

Die GKV-Trägerverbände





Gesamtverband  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie e. V.

### SPD

Für die Bewertung der Kreislaufführung ist wichtig, welche Mengen und Qualitäten an Rezyklaten in den Kreislauf neu eingespeist und welche Rohstoffe dadurch ersetzt werden. Anspruchsvolle Recyclingquoten, Deponierungsverbote und die Förderung des Rezyklateinsatzes zielen auf eine Steigerung der im Kreislauf geführten Mengen. Wir setzen uns für eine weitreichendere Förderung des Einsatzes von Sekundärrohstoffen, Rezyklaten und eine Stärkung des Markts für Recyclingprodukte ein. Hierzu können gesetzliche Vorgaben, finanzielle Anreize und auch Recyclinglabels beitragen. Aber der Beschaffer oder der/die Verbraucher\*In muss Kenntnis über den Rezyklatgehalt oder den Gehalt von Sekundärrohstoffen haben. Ein entsprechendes Label kann dies sicherstellen und darüber hinaus für die Hersteller einen Wettbewerbsvorteil bringen.

### FDP

Wir Freie Demokraten setzen auf Technologieoffenheit und marktwirtschaftliche Anreize für einen effizienteren Einsatz von natürlichen Ressourcen. Wir wollen Abfälle zu neuen Rohstoffen machen, auch dort, wo Produktrecycling und Werkstoffrecycling an ihre Grenzen stoßen. Deshalb wollen wir das chemische Recycling als gleichwertige Möglichkeit des Recyclings von Verpackungen zulassen und somit die rechtliche Diskriminierung dieser vielversprechenden Technologie beenden.

### Bündnis 90/Die Grünen

Zur Erhöhung des Rezyklatanteils gibt es viele Ansatzpunkte, die wir GRÜNE verfolgen. Grundsätzlich müssen Kunststoffsorten und Verbundstoffe reduziert und giftfrei werden, damit größere Mengen und reinere Stoffe in den einzelnen Fraktionen anfallen. Die Erhöhung der Mengen wollen wir auch durch ein EU-weites Pfandsystem - zunächst für Getränkeverpackungen - fördern. Um die Sammlung und Sortierung zu erleichtern setzen wir auf einen digitalen Produktpass, der Unternehmen und Verbraucher\*innen alle für sie wichtigen Informationen über Design, CO<sub>2</sub>-Fußabdruck, Reparierbarkeit und Materialien bereitstellt, die für eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft nötig sind. Darüber hinaus wollen wir auf EU-Ebene verbindliche material- und produktspezifische Einsatzquoten einführen, nach Möglichkeit über Klimaverträge und Klima-Quoten den Einsatz von Rezyklaten fördern, digitale Material-Marktplätze einrichten sowie Recyclingstandards schaffen, um z.B. Downcycling zu vermeiden.

Die GKV-Trägerverbände



#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899



Gesamtverband  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie e. V.

### DIE LINKE

Eine Abgabe auf Primärressourcenverbrauch ist unser zentrales Werkzeug, den Anteil an Recyclingmaterial in Verpackungen aber auch allen anderen Produktgruppen erheblich zu steigern. Wir wollen dazu die Plastiksteuer weiterentwickeln, damit es nicht zur Problemverlagerung kommt. Auch beispielsweise Papierverpackungen gehen mit Umweltwirkungen wie hohem Flächenverbrauch einher. Deshalb ist für uns dieser integrierte Ansatz entscheidend. Die Höhe der Primär-Ressourcenverbrauchsabgabe soll sich an der Umweltschädlichkeit der Ressourcengewinnung sowie der gewollten Lenkungswirkung orientieren. Dies ist als lernendes und leicht nachschärfbares System zu etablieren. Außerdem sollen soziale und ökologische Kriterien wie auch der Anteil an Recyclingmaterial bei der öffentlichen Beschaffung ausschlaggebend sein. Bisher ist die Pflicht, ökologische Produkte zu bevorzugen, durch diverse Einschränkungen faktisch außer Kraft gesetzt. Das wollen wir ändern.

**Digitalisierung: Nachhaltigkeitsziele bis 2030 können nicht ohne Innovationen und Digitalisierung erreicht werden. Sind Förderprogramme geplant, um digitale Technologien anzuwenden, um Umwelt- und Klimaschutz in Einklang zu bringen?**

### CDU

Wir werden die Digitalisierung nutzen, um kosteneffizienter CO2 zu verringern und Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen fördern, die digitale Lösungen für Energie- und Ressourceneffizienz entwickeln. Wir wollen insbesondere die Clean-Tech-Forschung fördern.

### SPD

Ja. Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen; klima- und umweltschädliche Subventionen werden wir abbauen. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe werden wir Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Schließlich haben den Zielwert gesamtstaatlicher, also öffentlicher und privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung, von drei Prozent des BIP bereits in den letzten Jahren übertroffen und wollen ihn weiter auf mindestens 3,5 Prozent steigern. Wir werden dazu die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen

Die GKV-Trägerverbände



#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

### FDP

Wir Freie Demokraten wollen, dass im Jahr 2025 in Deutschland 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert werden – und zwar vor allem privat und nicht vorrangig vom Staat. Dafür wollen wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Der Staat muss seine Investitionen sowie die sonstigen steuer- und wirtschaftspolitischen Instrumente so einsetzen, dass auch private Unternehmen gern in Deutschland investieren.

Wir setzen im Klimaschutz auf die Kraft der Marktwirtschaft. Wir fordern einen sektorübergreifenden Emissionshandels und setzen auf die Anreizwirkung des CO<sub>2</sub>-Marktpreises. Die Förderung klimaschonender Technologien wollen wir auf die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie die Co-Finanzierung von Pilotprojekten fokussieren. Zudem wollen wir die Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen durch eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast und bessere Finanzierungsbedingungen fördern.

### Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE wollen mit digitaler Innovation die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) erreichen und die Digitalisierung selbst nachhaltiger gestalten. Dafür schlagen wir einen breiten Maßnahmenkatalog vor. Wir fördern digitale Anwendungen und technologische Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten. Dafür setzen wir auf nachhaltige Technologien. Fördergelder für digitale Projekte und Unterstützungen von Gründungen richten wir stärker an den SDGs aus. Mit Anreizen wie Zertifizierung und einem Recht auf Reparatur fördern wir nachhaltige Soft- und Hardware. Mit einer eigenständigen öffentlichen Förderstiftung unterstützen wir gemeinwohlorientierte Lösungen. Zudem wollen wir in einem ersten Schritt bis 2024 eine Deutsche Kreislaufwirtschaftsagentur als Anlauf- und Beratungsstelle für

interessierte Forschungseinrichtungen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Initiativen etablieren. Hier soll auch der Austausch von Best-Practice-Beispielen gefördert und deren Sichtbarkeit erhöht werden.

### DIE LINKE

Der ökologische Fußabdruck digitaler Technologien muss erfasst und verkleinert werden. Dafür sollten die Ökodesignvorgaben von Produkten erweitert werden, um Anforderungen an Lebensdauer, Update-, Upgrade-, Reparier-, Weiterverwend- und Recyclebarkeit zu schaffen. Ein Pfandsystem soll die Sammelquote erhöhen und die

#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

Die GKV-Trägerverbände

**AK**

**FSK**

**TecPart**  
**GKV**

**ik**

**pro**

Verwertung verbessern. Für langlebige technische Geräte - so auch für IT- und Elektrogeräte - soll eine gesetzlich garantierte Mindestnutzungsdauer von fünf Jahren gelten. Sie müssen leicht reparierbar und Upgrades möglich sein. Auch müssen Support und Sicherheitsupdates garantiert werden. Digitale Technologien besitzen das Potenzial, das Umweltmonitoring zu verbessern, sozial-ökologische Zusammenhänge besser zu verstehen, innovative Lösungen zu finden oder ressourceneffizienter zu produzieren. Allerdings wird eine nachhaltige Überwindung der Klima- und Umweltkrise weniger in der Technik, als in einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung liegen.

**Bildung: Welche Priorität nimmt zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine bessere Digitalisierung in den Schulen ein und wie fördern Sie die duale Ausbildung im technischen Bereich? Was planen Sie, um mehr junge Menschen für eine berufliche Zukunft im industriellen Mittelstand zu begeistern?**

#### CDU

Damit wir auch in Zukunft die Fachkräfte haben, die unser Land braucht, setzen wir unter anderem auf gute berufliche Ausbildung, die zunehmende Beschäftigung von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen sowie den gesteuerten Zuzug gut ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen aus den Mitgliedstaaten der EU und aus außereuropäischen Staaten. Deutschland ist noch zu wenig Zielland für die klugen Köpfe der Welt. Wir werden insbesondere den Mittelstand unterstützen, genügend Fachkräfte auszubilden und zu gewinnen. Hier kommt es besonders auf Aus- und Weiterbildung im Bereich neuer Technologien an.

#### SPD

Eine bessere Digitalisierung in den Schulen nimmt eine zentrale Rolle für die SPD ein. Wir wollen, dass alle Schulen in Deutschland erstklassig ausgestattet sind und alle Schüler\*innen ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur Verfügung steht. Wir werden hier weiter investieren und ein Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen, das sowohl den Sanierungsbedarf der Schulgebäude als auch die digitale Ausstattung umfasst. Wir werden dafür sorgen, dass eine einfache, unbürokratische Umsetzung der digitalen Grundausstattung für alle Schulen möglich ist.

Die GKV-Trägerverbände



#### Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899



Gesamtverband  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie e. V.

### FDP

Wir Freie Demokraten fordern einen Digitalpakt 2.0, der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt. Zusätzlich zur Technik muss auch in IT-Administratorinnen und IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial sowie Fortbildungen investiert werden. Die Digitalisierung von allgemeinbildenden, beruflichen und sonderpädagogischen Schulen muss ganzheitlich gedacht werden – von der Ausstattung bis zur Nutzung. Die Schule muss digital gestütztes Lernen in Präsenz genauso anbieten wie Lernen auf Distanz.

Wir fordern zudem eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung, um die Attraktivität und Innovationskraft der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu stärken. Um sich den Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt zu stellen, braucht das System der beruflichen Bildung ein Update. Ein bundesweiter Exzellenzwettbewerb soll die besten Ideen zur Zukunft der beruflichen Bildung mit hochrangigen Auszeichnungen und mehrjährigen Zuschüssen fördern. Ein Zentrum für digitale Berufsbildung soll berufsbildende Schulen und ausbildende Betriebe in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote unterstützen. Schulen der beruflichen Bildung wollen wir um kreative MakerSpaces und offene Werkstätten (FabLabs) erweitern.

Auch wollen wir Talenten der beruflichen Bildung den gleichwertigen Zugang zu den Begabtenförderungswerken und zum Deutschlandstipendium ermöglichen. Neben einer finanziellen Unterstützung ist die Öffnung der ideellen Förderung für Stipendiatinnen und Stipendiaten aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Bedeutung. Durch eine Öffnung der Förderung schaffen wir attraktive Perspektiven für Talente aus der beruflichen Bildung.

### Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE möchten die Digitalisierung an allgemein- und berufsbildenden Schulen gemeinsam mit Ländern und Kommunen voranbringen, damit sich alle Schüler\*innen auf gute Lernbedingungen auf der Höhe der Zeit verlassen können und gut vorbereitet in die Ausbildung starten. Wir wollen die Beratung am Übergang Schule-Beruf ausbauen und Unternehmen bei der Gewinnung von Auszubildenden unterstützen. Um mehr junge Frauen für technische Berufe zu begeistern, fördern wir MINT-Bildung und wollen stereotype Rollenmuster aufbrechen. Auch die Unternehmen selbst sehen wir in der Pflicht, junge Menschen mit Angeboten der Berufsorientierung,

Die GKV-Trägerverbände



#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899



Gesamtverband  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie e. V.

attraktiven Ausbildungsbedingungen und Karrierechancen für eine duale Ausbildung in technischen Berufen zu begeistern.

### DIE LINKE

DIE LINKE setzt sich für eine dauerhafte, angemessene und nachhaltige finanzielle Förderung des Bundes für eine digitale Infrastruktur ein, um eine zeitgemäße Bildung in Schulen zu gewährleisten. Der DigitalPakt Schule ist dafür nicht ausreichend. Er muss aus unserer Sicht deutlich aufgestockt, entbürokratisiert und vor allem auf Dauer angelegt sein. Zeitlich begrenzte Programme sind meist nicht nachhaltig. Die Bedingungen und die Qualität der dualen Ausbildung müssen verbessert und Ausbildungsberufe insgesamt aufgewertet werden, damit sich viele junge Menschen für eine berufliche Ausbildung entscheiden. Wir wollen eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), in der die Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt gerückt wird. Zudem wollen wir die Mitbestimmung der Auszubildenden stärken. Wir wollen einen Berufsbildungspakt, damit längst überfällige Investitionen für gute Qualität an beruflichen Schulen getätigt werden. Und es braucht deutlich mehr Personal an den Berufsschulen.

Die GKV-Trägerverbände



#### **Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899